

# Nicht mehr liberal

Operation Libero streicht alles Liberale aus ihren Statuten, um Steuern zu sparen

Von Dominik Feusi, Bern

Vor bald zwei Jahren stieg eine bis dato unbekannt Gruppe namens Operation Libero in den Abstimmungskampf gegen die Durchsetzungs-Initiative der SVP ein. Der Auslöser war eine Umfrage vom November 2015, bei der zwei Drittel der Befragten angaben, Ende Februar 2016 für die konsequente Ausschaffung von Ausländern zu stimmen, die straffällig geworden sind.

Die 66 Prozent Zustimmung mehr als drei Monate vor dem Abstimmungstermin und vor dem eigentlichen Abstimmungskampf waren kein guter Wert, die Abstimmung schon verloren. Das Umfrageinstitut wies sogar selber darauf hin. Doch das tat – nachdem die Durchsetzungs-Initiative abgelehnt worden war, dem Hype um die Operation Libero keinen Abbruch. Der Verein liess sich als «liberale» Bewegung feiern, die sich gegen die SVP durchgesetzt hatte. Der linke Mainstream in Politik und Medien frohlockte, denn er schien endlich das ersehnte Rezept gegen die Rechtspartei gefunden zu haben. Dazu passt, dass gemäss der *TagesWoche* ein Basler Sozialdemokrat im Hintergrund die Fäden von Operation Libero zog.

## «Liberalalla»

Die Exponenten des Vereins redeten derweil viel von «Chancenland» und der Überwindung des «Freilichtmuseums» und von «Liberalismus», den sie, wie die Linke, auf Gesellschaftsliberalismus reduzierten. Ihr konkretes Engagement erschöpfte sich allerdings in Aktionen gegen die SVP und für Anliegen wie «Ehe für alle», die Einführung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare, die bereits mehrheitsfähig waren und keinesfalls die Freunde auf der Linken enttäuschten. So äusserte sich Operation Libero weder zur Unternehmenssteuerreform noch zur Energiestrategie und jüngst auch nicht zur Altersvorsorge, dies obwohl die Gruppe gemäss Jahresbericht seit Anfang 2016 mit einer Arbeitsgruppe an einem «neuen Generationenvertrag» arbeitete. Man habe andere Prioritäten und könne sich nicht mit allen Themen beschäftigen, hiess es jeweils auf Anfrage. Die *NZZ* schrieb bereits von der «Operation Liberalalla».

Auch das Referendum gegen die im Geldspielgesetz vorgesehene Abschottung und Zensur des Internets wird vom Verein nicht unterstützt, entgegen



Auf dem Höhepunkt. Am 28. Februar 2016 setzt sich Operation Libero als Abstimmungssiegerin in Szene. Foto Keystone

dem durchgehenden Bekenntnis zu Weltoffenheit und Freiheit. Dafür versucht man sich mit auffälligen Aktionen in Erinnerung zu rufen, bei denen jeweils Unterschriften und insbesondere Adressen für die eigene Datenbank gesammelt werden. Ausser bei der Petition zu «Ehe für alle» ist der Erfolg allerdings recht bescheiden: Bei keiner der Kampagnen erreichte man das selbst gesteckte Ziel an Unterschriften. Das sei «das Grundprinzip von Campaigning», schreibt die Vereinsleitung auf Anfrage.

## Kampagnen werden gestrichen

Jetzt bleibt auch von der liberalen Ausrichtung der Organisation nichts mehr übrig. An der kommenden Generalversammlung schlägt das Präsidium nämlich vor, alle Bezüge zum Liberalismus und zur individuellen Freiheit aus den Statuten zu streichen. Sowohl das Bekenntnis zu «liberaler Politik» als auch das Engagement «für eine liberale Gesellschaftsordnung und eine liberale Wirtschaftsordnung» oder die «Förderung und Sicherung individueller Freiheit» sollen aus dem Zweck-

artikel entfernt werden. Bei der Aufzählung, wie dies umgesetzt wird, soll «Kampagnen führen und sich an Kampagnen beteiligen» sowie «Abstimmungs- und Wahlempfehlungen» gestrichen werden, also genau das, was sich der Verein bislang auf die Fahne geschrieben hat. Neu soll ein Absatz für den Fall der Auflösung des Vereins eingefügt werden. Dieser bestimmt, dass überschüssiges Geld an eine andere steuerbefreite Organisation und nicht an die Mitglieder verteilt werden soll.

Als Grund für die Änderungen gibt das Präsidium in dem am letzten Mittwoch verschickten Unterlagen an, dass diese Änderungen «zwecks Steuerbefreiung» vorgeschlagen würden. Nötig ist das allerdings nur für den letzten Punkt, die Regelung der Verwendung des Vereinskapsitals im Falle einer Auflösung. Die Steuerbefreiung hängt nicht vom inhaltlichen Zweck eines Vereins ab, sondern von dessen gemeinnützigen Charakter. Auf Anfrage schreibt der Verein, Experten hätten dazu geraten. Ein offizielles Dokument, beispielsweise der Steuerbehörden, gibt es offenbar nicht.

«Für jede unserer Kampagnen sammeln wir zweckgebunden Spenden», schreibt Operation Libero auf ihrer Webseite, was nichts anderes heisst, dass Geldgeber Operation Libero als Kommunikationsplattform quasi kaufen können. Mit der Statutenrevision ist der Verein inskünftig flexibler, Geld und Aufträge anzunehmen. Dafür aktiviert der Verein dann sein Netzwerk mit seiner Datenbank von «Liberos» und «Liberas», die dann etwas für die Kampagne unternehmen, wie der Verein selber gerne betont.

Mühe hat der Verein mit Transparenz. Die Finanzierung der Kampagne gegen die Durchsetzungs-Initiative wurde nie transparent gemacht. Von anderen Akteuren fordert der Verein jedoch gerne und oft Auskunft. Offen ausgewiesen werden Spenden erst seit diesem Jahr und nur solche von mehr als 10000 Franken. Und während der Verein am Anfang die Transparenz-Initiative unterstützte, welche die Offenlegung von Geldgebern fordert, zog sich die Operation Libero kurz vor deren Lancierung wieder zurück.

## Bundesrat setzt Regeln zur Energiestrategie in Kraft

Stromkonsumenten zahlen ab 2018 höheren Netzzuschlag

Bern. Ab dem 1. Januar 2018 gelten neue Regeln zur Förderung erneuerbarer Energien und zur Senkung des Energieverbrauchs. Der Bundesrat hat das revidierte Energiegesetz auf diesen Zeitpunkt in Kraft gesetzt, zusammen mit einer Reihe von Verordnungen. Das Stimmvolk hatte die Gesetzesänderungen zur Energiestrategie 2050 am 21. Mai angenommen. Nun sind die Einzelheiten der Umsetzung geregelt. Der Direktor des Bundesamts für Energie (BFE), Benoît Revaz, hat die Bestimmungen gestern erläutert.

Die Stromkonsumenten zahlen für die Förderung erneuerbarer Energien und für Effizienzmassnahmen ab 2018 einen höheren Netzzuschlag. Heute liegt dieser bei 1,5 Rappen pro Kilowattstunde, ab 2018 beim gesetzlichen Maximum von 2,3 Rappen. Eine vierköpfige Familie kostet das im Jahr rund 40 Franken mehr als heute.

Das Einspeisevergütungssystem zur Förderung der erneuerbaren Energien läuft 2022 aus. Damit können nur noch wenige Anlagen ins Fördersystem aufgenommen werden – gemäss BFE rund sind es 950 Anlagen, die vor Ende Juni 2012 angemeldet wurden. Wie bisher werden die Anlagen in der Reihenfolge der Anmeldung berücksichtigt. Die Betreiber kleiner Anlagen mit einer Leistung von weniger als 100 Kilowattstunden können nur noch eine Einmalvergütung beantragen. Betreiber mit hohem Eigenverbrauch wie etwa Büro-

gebäude kämen mit der Einmalvergütung aber besser weg, gab der BFE-Direktor zu bedenken.

Wer Strom produziert, darf ihn auch selber verbrauchen – das gilt schon heute. Auch können sich mehrere Parteien zum Eigenverbrauch zusammenschliessen. Die Bedingungen werden nun präzisiert. Die Grundstücke müssen aneinander angrenzen, und mindestens eines muss an das Grundstück mit der Produktionsanlage angrenzen.

## Anreize für Sanierungen

Umstritten waren unter anderem die Regeln zur Interessenabwägung zwischen Natur- und Landschaftsschutz und Stromproduktion aus erneuerbaren Energien. Parteien und Verbände waren sich uneinig, ab welcher Stromproduktionsmenge die Schutz- und Nutzungsinteressen als gleichrangig gelten, so dass die Interessen abgewogen werden können. Der Bundesrat hat die Grenze für Windanlagen nun bei 20 Gigawattstunden pro Jahr festgelegt.

Künftig werden ferner auch Gebäudesanierungen mit steuerlichen Anreizen stärker gefördert: Steuerabzüge für Gebäudesanierungen können neu über drei Steuerperioden verteilt werden. Zudem dürfen Abbruchkosten von den Steuern abgezogen werden, wenn ein Altbau durch einen energetisch besseren Neubau ersetzt wird. Die Bestimmungen dazu treten 2020 in Kraft. SDA

## Rechtsvorbeifahren soll erlaubt werden

Bundesrat will flüssigeren Verkehr auf der Autobahn

Bern. Der Bundesrat will das Rechtsvorbeifahren auf Autobahnen erlauben. Das soll für flüssigeren Verkehr und mehr Platz auf der Strasse sorgen. Die Forderung stammt vom Aargauer FDP-Nationalrat Thierry Burkart. Mit einer Motion verlangt er, das Rechtsvorbeifahren auf Autobahnen und Autostrassen zu erlauben. Das Verbot des Rechtsüberholens soll hingegen beibehalten werden.

Der Bundesrat ist bereit, diesen Auftrag entgegenzunehmen, wie er gestern bekannt gab. Bisher hatte die Regierung eine Lockerung des Regimes aus Sicherheitsbedenken stets abgelehnt. Nun gilt es die Details zu klären, denn der Unterschied zwischen Vorbeifahren und Überholen ist nicht immer klar.

## Verunsicherte Autofahrer

Grundsätzlich wird beim Überholen die Spur gewechselt, beim Vorbeifahren nicht. Für das Rechtsüberholen droht heute der Führerausweisentzug. Nach der neueren Rechtsprechung des Bundesgerichts ist hingegen das Rechtsvorbeifahren unter Umständen zulässig, wenn die Kolonne auf dem linken Fahrstreifen dichter und langsamer ist.

Laut Burkart hält die drohende Strafe und die komplizierte Regelung aber viele Autofahrer davon ab, rechts vorbeizufahren. Dadurch würden wertvolle Kapazitäten auf den National-

strassen vergeben. Nach Schätzungen könnte die Kapazität um fünf bis zehn Prozent gesteigert werden, wenn das Rechtsvorbeifahren erlaubt wäre. Das ist auch der Grund für das Umdenken. Es gehe darum, die Kapazität der für viel Geld gebauten Autobahnen besser auszunutzen, sagte Thomas Rohrbach, Sprecher des Bundesamts für Strassen, der Nachrichtenagentur SDA.

## Sichere Autobahnen

Rohrbach geht nicht davon aus, dass die Verkehrssicherheit darunter leiden würde. Die Autobahnen seien heute ohnehin sehr sicher, sagte er. Und in der Realität werde heute schon rechts vorbeigefahren. Sicher ist aber, dass die Automobilisten zusätzlich gefordert wären, wenn die Regeln gelockert würden: «Es braucht aufmerksame Autofahrer», sagte Rohrbach.

Auf Anfrage wollte die Verkehrssicherheits-Stiftung RoadCross Schweiz noch nicht Stellung beziehen. Entscheidend sei aber, dass das Verbot des Rechtsüberholens beibehalten werde, sagte RoadCross-Sprecher Stefan Krähnbühl. Die Abgrenzung zum Rechtsvorbeifahren müsse klar geregelt werden. Auch der TCS geht davon aus, dass mit der Umsetzung der Motion die Rechtssicherheit verbessert und die Kapazität auf den Autobahnen erhöht werden kann. SDA

## Nachrichten

### Transparenz-Initiative zustande gekommen

Bern. Die Volksinitiative «Für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung» ist zustande gekommen. Sie war am 10. Oktober eingereicht worden und würde Parteien dazu verpflichten, ihre Rechnung und die Herkunft aller Spenden über 10000 Franken offenzulegen. Auch Personen und Komitees, die in einer Kampagne mehr als 100000 Franken einsetzen, müssten Spenden über 10000 Franken deklarieren. Hinter dem Begehren stehen SP, Grüne, BDP, EVP, Piratenpartei und Transparency International Schweiz. SDA

### Wohneigentum: Schweiz auf dem letzten Platz

Bern/Brüssel. Trotz dem grossen Run aufs Eigenheim bleibt die Schweiz das Land mit der tiefsten Wohneigentumsquote Europas. 2016 lebten in der Schweiz gemäss Angaben von Eurostat 42,5 Prozent der Bevölkerung in den eigenen vier Wänden. Das ist gegenüber den 37 Prozent (2008) eine deutliche Verbesserung. Aber selbst zu den letztplatzierten EU-Mitgliedern Deutschland (51,7 Prozent) und Österreich (55,0) bleibt der Abstand gross. Im EU-Durchschnitt beträgt die Wohneigentumsquote 69,3 Prozent. SDA

### Mehrverkehr von Velo und ÖV aufgefangen

Bern. Der Verkehr in den sechs grössten Deutschschweizer Städten hat in den letzten fünf Jahren zugenommen. Der Grund: Die Bevölkerung und die Zahl der Arbeitsplätze wuchs. Allerdings wurde der Mehrverkehr von öffentlichen Verkehrsmitteln und dem Velo aufgefangen. Das ergab der zweite «Städtevergleich Mobilität», den Zürich, Basel, Bern, Winterthur, Luzern und St. Gallen gestern veröffentlichten. SDA

### Sommaruga: Ausbeutung in Afrika geht weiter

Brüssel/Zürich. Bundesrätin Simonetta Sommaruga kritisiert die Ausbeutung afrikanischer Staaten durch europäische und andere Länder: «Die afrikanischen Staaten wurden aus der Kolonialisierung entlassen, doch die Ausbeutung geht unvermindert weiter.» Die einzige realistische Antwort, um die so ausgelöste Migration einzudämmen, liege in der wirtschaftlichen Entwicklung, sagt Sommaruga in einem Interview in der *WOZ*. SDA

### Gemeinsame Strategie für Austauschprogramme

Bern. Junge Menschen sollen mehr an Austausch- und Mobilitätsprogrammen im In- und Ausland teilnehmen. Bund und Kantone haben deshalb eine gemeinsame Strategie verabschiedet, um diese Bemühungen voranzutreiben. Trotz der unbestrittenen Bedeutung von Austausch und Mobilität im Bildungsbereich und in der Arbeitswelt habe eine gemeinsame Strategie zwischen Bund und Kantonen gefehlt, teilte das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation mit. SDA

### Krankenkassenprämien steigen um 5,1 Prozent

Bern. Die Krankenkassenprämien werden 2018 im Schnitt stärker steigen als die vom Bund angekündigten 4 Prozent. Eine Analyse des Internetvergleichsdienstes bonus.ch zeigt einen Anstieg um 5,1 Prozent, wenn alle Prämien berücksichtigt werden. Grund dafür ist, dass der Bund die Erhöhung für die Standardprämie berechnet. Diese Kriterien sind aber nur für rund einen Fünftel der Bevölkerung repräsentativ. SDA

### Doris Leuthards achte Klimakonferenz

Bern/Bonn. Bundespräsidentin Doris Leuthard wird in Bonn an ihrer achten Klimakonferenz teilnehmen. Seitdem sie das UVEK vor sieben Jahren übernommen hatte, liess sie keine der jährlichen Treffen aus. Doris Leuthard wird am Donnerstag in der zweiten Konferenzwoche in Bonn sein. SDA